



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2019

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

Jan Schalauske (DIE LINKE) und Fraktion

Auswirkungen der drohenden Übernahme der Rhön-Aktiengesellschaft und des Universitätsklinikums Gießen und Marburg durch Asklepios für Beschäftigte und Gesundheitsversorgung

Der private Klinikkonzern Asklepios schickt sich an, die Mehrheit an der Rhön-Aktiengesellschaft zu übernehmen. Damit droht das Universitätsklinikum Gießen und Marburg erneut zum Spielball der Finanzmärkte zu werden - mit weiteren negativen Folgen für die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte und die Bedingungen für Patientenversorgung. Bereits die Privatisierung des UKGM war, ist und bleibt ein großer Fehler mit nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Bedingungen für die Gesundheitsversorgung in der Region.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hatte die Landesregierung Kenntnis von den Plänen des Rhön-Gründers Eugen Münch, relevante Anteile an Asklepios zu veräußern?
Falls ja, seit wann?
2. Hat die Landesregierung gegenüber der Rhön-AG Stellung zu den Plänen von Eugen Münch, relevante Anteile an Asklepios zu veräußern, bezogen?
Falls ja, welche Position hat die Landesregierung vertreten?
3. Hat die Landesregierung versucht, den geplanten Verkauf von Aktien der Rhön-AG an den Klinikkonzern Asklepios zu verhindern?
4. Hat die Landesregierung auch mit anderen Anteilseignern, insbesondere B. Braun Melsungen AG, Gespräche geführt?
5. Hat die Landesregierung wahrgenommen, dass die Initiierung der Übernahme der Rhön-AG durch den Klinikkonzern Asklepios keine zwei Monate nach Auslaufen der Change-of-Control-Klausel erfolgt ist?
6. Wie bewertet die Landesregierung Aussagen von Eugen Münch, der sich vom Zusammengehen von Rhön und Asklepios eine Stabilisierung der „Ertragskraft und Leistungsfähigkeit“ verspricht mit Blick auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Bedingungen für die Gesundheitsversorgung?
7. Hat die Landesregierung wahrgenommen, dass der Konzern Asklepios in Hessen vor allem dadurch auffällt, Tarifverhandlungen mit ver.di an anderen Kliniken zu verweigern?
8. Welche Auswirkungen wird die Übernahme durch Asklepios auf den Erhalt und die weitere Verbesserung der Tarifverträge am UKGM haben?
9. Welche Auswirkungen wird die Übernahme durch Asklepios auf die laufenden Tarifverhandlungen zur Eingruppierung am UKGM haben?
10. Welche Auswirkungen wird die Übernahme durch Asklepios auf die Stellensituation am UKGM haben?
11. Welche Auswirkungen wird die Übernahme durch Asklepios auf den Ausschluss von Kündigungen und Ausgliederungen am UKGM haben?

12. Welche Auswirkungen wird die Übernahme durch Asklepios auf die Ausbildungsplatzsituation am UKGM haben?
Werden die Ausbildungsplätze und -einrichtungen vollumfänglich erhalten?
13. Welche Folgen wird eine Übernahme der Rhön AG durch den Klinikkonzern Asklepios auf Forschung und Lehre haben?
14. Kann die Landesregierung garantieren, dass infolge der Übernahme der Rhön-AG durch Asklepios keine weiteren Bereiche outgesourct werden?
15. Kann die Landesregierung garantieren, dass alle medizinischen Einrichtungen und alle Stationen am UKGM auch nach der Übernahme durch Asklepios erhalten bleiben?
16. Kann die Landesregierung garantieren, dass alle Lehrstühle nach der Übernahme durch Asklepios erhalten bleiben?
17. Kann die Landesregierung Befürchtungen der Beschäftigten, des Betriebsrats und der Gewerkschaft nachvollziehen, dass das UKGM, seine Beschäftigten und Patienten Opfer weiterer Rationalisierungsstrategien zugunsten der Unternehmenseigner werden?
18. Welche Auswirkungen hat die Übernahme der Rhön-AG durch Asklepios auf die Pläne der Landesregierung, dem UKGM im Widerspruch zu den Konsortialverträge Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen?
19. Welche Auswirkungen hat die Übernahme der Rhön-AG durch Asklepios auf das MIT?
20. Hat die Landesregierung bereits Gespräche mit den neuen Eigentümerinnen und Eigentümern geführt?
Falls ja, mit welchem Ergebnis? Falls nein, wann sollen die Gespräche geführt werden?
21. Wird die Landesregierung die Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten in die geplanten Verhandlungen mit den neuen Eigentümerinnen und Eigentümern einbeziehen?
22. Wird die Landesregierung unter dem Eindruck der neuerlichen Veränderungen ihre Haltung zur privaten Trägerschaft des UKGM ändern und eine Rückführung des Klinikums in öffentliches Eigentum in Angriff nehmen?

Wiesbaden, 12. März 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler

Jan Schalauske